

Die Bedeutung der Stahlindustrie in Deutschland

Hans Jürgen Kerkhoff

Das Jahr 2014 ist für die Stahlindustrie von Herausforderungen geprägt. Neben weitreichenden politischen Entscheidungen im Bereich der Energie- und Klimapolitik, sind auch weiterhin strukturelle Schwierigkeiten in der europäischen Stahlindustrie zu verzeichnen. Die Stahlindustrie in der EU bleibt in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation. Die Situation in Deutschland sieht zwar zum Teil positiver aus, wird aber auch von der Lage in Europa beeinflusst.

Die Stahlkonjunktur hat bislang den im zweiten Halbjahr 2013 begonnenen, leichten Erholungskurs fortgesetzt. Die wichtigsten Triebkräfte der Erholung waren die Trendwende auf dem westeuropäischen Automobilmarkt wie auch eine von milden Temperaturen begünstigte Baukonjunktur in weiten Teilen Europas (insbesondere in Deutschland). Die Kapazitätsauslastung erreichte in Deutschland auf der Rohstahlseite in den ersten fünf Monaten hohe neunzig Prozent verglichen mit 75 Prozent weltweit. In der EU wurde erstmals seit Mai 2012 wieder die achtzig Prozent-Grenze erreicht.

Es besteht kein Zweifel, dass sich die Stahlindustrie in Europa in einer Krise befindet. Die Dauer und Tiefe der Krise ist schwer abzuschätzen. In weiten Teilen der EU ist die Stahlnachfrage noch auf sehr niedrigem Niveau und die Strukturkrise ist noch nicht überwunden. Auch haben sich die regionalen Diskrepanzen auf dem europäischen Stahlmarkt seit Jahresbeginn eher noch verstärkt. Der Erholungsprozess auf dem Stahlmarkt bleibt somit weiterhin mit Unsicherheiten behaftet und muss in eine schwierige strukturelle Stahlindustrie eingegliedert werden. Dies gilt gerade auch vor dem Hintergrund der aktuell wachsenden allgemeinen Konjunkturrisiken.

Die Stahlindustrie hat aber trotz eines schwierigeren Umfelds alle Chancen, ihre Potenziale noch weiter zu entfalten. Dass es dazu der richtigen Rahmenbedingungen bedarf, darauf haben die Stahlunternehmen und ihre Organisationen immer wieder hingewiesen und werden dies auch weiter tun.

Seit einigen Jahren wird die Stahlindustrie in Deutschland durch Reformen in der Energie- und Klimapolitik unter Druck gesetzt. Dabei sollten die Interessen der Industrie von der Politik immer Berücksichtigung finden. Denn eine falsch strukturierte Energiewende in Deutschland ist eine Bedrohung für den Industriestandort Deutschland. Der rasche Anstieg der Umlage aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat dazu geführt, dass die Strompreise in Deutschland in kürzester Zeit ein Rekordniveau erreicht haben. Ohne die Besondere Ausgleichsregelung, sprich die Entlastungen bei der EEG-Umlage für energieintensive Unternehmen, wäre eine international wettbewerbsfähige Produktion undenkbar. Ohne eine solche Härtefallregelung wäre zudem ein ehrgeiziges Projekt wie die Energiewende nicht möglich.

Das Szenario von Belastungen in dreistelliger Millionenhöhe, das zwischenzeitlich in der Diskussion um die EEG-Reform drohte, ist nicht eingetreten. Somit konnte erheblicher Schaden durch die Novellierung des EEG abgewendet werden. Doch zu

viele Fragen bleiben zunächst noch ungeklärt: Die Begrenzung des Bestandsschutzes bei Eigenstromanlagen soll auf Wunsch der EU-Kommission 2016 überprüft werden. Außerdem sieht die Gesetzesnovelle eine erhebliche Belastung neuer Anlagen vor. Damit ist für die Industrie weder Vertrauensschutz gegeben, noch gibt es Anreize für Zukunftsinvestitionen in mehr Energieeffizienz.

Es sind die Grundstoffindustrien wie der Stahl, die eine zentrale Rolle in den Produktionsstrukturen unserer Volkswirtschaft einnehmen. Zusammenarbeit von Lieferanten und Kunden, enge Wertschöpfungsketten in Deutschland, dies ist das industrielle Geschäftsmodell, das die deutsche Wirtschaft innovativ und wettbewerbsfähig macht. Die Stahlindustrie liefert die Basisprodukte für die verarbeitende Industrie und steht damit am Anfang der Wertschöpfungskette.

Bei der Betrachtung der Verflechtungen ist es deshalb von Bedeutung, sich nicht allein auf die Stahlerzeugung zu konzentrieren, sondern die nachgelagerten Verarbeitungsstufen einzubeziehen. Die Kultur des Miteinanders entscheidet über den Erfolg. Die zahlreichen Innovationen in Deutschland sind das Ergebnis der engen Zusammenarbeit mit anderen Industriebranchen. Beispielsweise des Maschinenbaus oder der Automobilindustrie. Rund ein Fünftel der Vorleistungskäufe des Maschinenbaus und 13 Prozent des Fahrzeugbaus entfallen dabei auf die Stahlbranche. Wichtige Abnehmersektoren sind darüber hinaus die Elektrotechnik, das Baugewerbe sowie die Stahl- und Metallverarbeitung.

Diese hohen Anteile verdeutlichen die Bedeutung einer wettbewerbsfähigen Stahlindustrie für Sektoren, die einen großen Anteil an den Exporterfolgen der deutschen Wirtschaft haben und damit an Wachstum und Wohlstand.

So entfallen mehr als die Hälfte der deutschen Warenexporte auf stahlintensive Güter. Etwa 75 Prozent des deutschen Exportüberschusses bei Industrieerzeugnissen entfällt auf Güter, bei denen Stahl einen Anteil von mehr als zehn Prozent an den Vorleistungen hat (stahlintensiv). Auf die größten stahlintensiven Branchen entfallen knapp vier Millionen Beschäftigte und damit mehr als die Hälfte der Industriearbeitsplätze in Deutschland.

Durch die Industrie wird somit ein wichtiger Beitrag für Wachstum, Innovation und Beschäftigung gesichert. Stabile und wettbewerbsgerechte politische Rahmenbedingungen, insbesondere in der Energie- und Klimapolitik, bleiben in dem bestehenden anspruchsvollen Marktumfeld für die Stahlindustrie von zentraler Bedeutung. Die genannten Wertschöpfungsnetzwerke sind deshalb auch abhängig von politischen Entscheidungen. Wenn die politisch gesetzten Rahmenbedingungen die heimische Stahlindustrie schwächen, ist dies auch eine Bedrohung für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und des deutschen Geschäftsmodells. Politik und politische Entscheider stehen in der Mitverantwortung für ein funktionierendes industrielles Wertschöpfungsmodell in Deutschland.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar

Michael Heußén, Heribert Motz (Hrsg.): **Schlacken aus der Metallurgie, Band 3**
– Chancen für Wirtschaft und Umwelt –

ISBN 978-3-944310-17-6 TK Verlag Karl Thomé-Kozmiensky

Copyright: Professor Dr.-Ing. habil. Dr. h. c. Karl J. Thomé-Kozmiensky
Alle Rechte vorbehalten

Verlag: TK Verlag Karl Thomé-Kozmiensky • Neuruppin 2014
Redaktion und Lektorat: Professor Dr.-Ing. habil. Dr. h. c. Karl J. Thomé-Kozmiensky,
Dr.-Ing. Stephanie Thiel, M.Sc. Elisabeth Thomé-Kozmiensky
Erfassung und Layout: Berenice Gellhorn, Ginette Teske, Cordula Müller

Druck: Mediengruppe Universal Grafische Betriebe München GmbH, München

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 9. September 1965 in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtsgesetzes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürfen.

Sollte in diesem Werk direkt oder indirekt auf Gesetze, Vorschriften oder Richtlinien, z.B. DIN, VDI, VDE, VGB Bezug genommen oder aus ihnen zitiert worden sein, so kann der Verlag keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität übernehmen. Es empfiehlt sich, gegebenenfalls für die eigenen Arbeiten die vollständigen Vorschriften oder Richtlinien in der jeweils gültigen Fassung hinzuzuziehen.